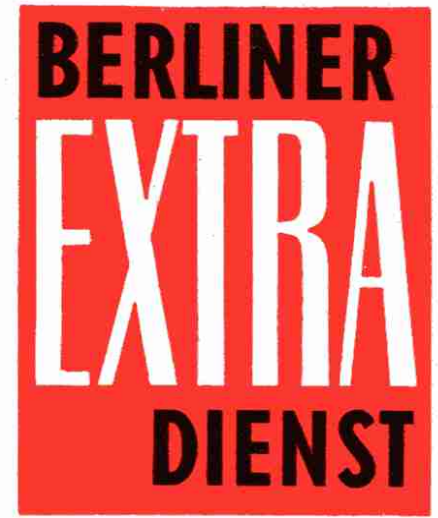


Erscheint jeden Mittwoch und Sonnabend



Herausgeber: Westberliner Zeitungsgesellschaft mbH · Verantwortlich für den Inhalt: Carl L. Guggomos · Redaktion und Verlag: 1000 Berlin 15, Wielandstraße 27, Telefon 8 83 40 74 · Dieser Dienst ist nur für persönliche Information bestimmt · Zeitungs-, Funk- und Fernsehredaktionen setzen sich wegen Nachdruck und sonstiger Auswertung mit der Redaktion in Verbindung · Bezugsbedingungen: Inland monatlich DM 5,00 (inklusive Porto); Ausland: Inlandsabonnement plus Porto · Bankverbindung: Bank für Gemeinwirtschaft Berlin, Konto 47 12 (Postschecknummer der BfG 828 00)

30. März 1968 - 26/II  
Einzelpreis DM 0.75

#### BADEN-WÜRTTEMBERG: SPD VERLIERT ACHT, NPD GEWINNT ACHT PROZENT

Die letzte, geheim gehaltene Umfrage eines Demoskopie-Instituts zu den baden-württembergischen Landtagswahlen Ende April 1968 gibt Aufschluß über eine erhebliche Umschichtung der Wähler. Die SPD (bisher 37,3 Prozent) verliert nach dieser Umfrage 8 Prozent, die NPD (bisher nicht vertreten) gewinnt 8 Prozent. Die CDU (46,2 Prozent) behauptet ihren Stand, die FDP/DVP (13,1 Prozent) ebenfalls. Die neue "Demokratische Linke" bleibt nach diesen Voraussagen bei etwa 4,5 Prozent unter der Sperrklausel. - Aufsehen erregt hat eine Untersuchung der letzten Bürgerschaftswahl im Bundesland Bremen; danach stammen 60 Prozent der Stimmen der erstmals aufgetretenen NPD von ehemaligen SPD-Wählern. Die bürgerlichen Parteien steuerten der NPD zusammen nicht einmal 20 Prozent bei; etwa 20 Prozent NPD-Stimmen waren bisherige Nichtwähler.

Wie aus gut informierter Quelle aus Bonn zu erfahren ist, erwägt die SPD nach dem Rücktritt Lückes, der CDU ein modifiziertes Verhältniswahlrecht noch für 1969 vorzuschlagen, um den Parteitagsbeschuß "Nein zum Mehrheitswahlrecht" zu umgehen. Danach sollen aus jedem Wahlkreis vier Bewerber kommen, die nach dem d'Hondtschen Verfahren ausgewählt werden. Bei der gegenwärtigen Wählerstruktur würden CDU und SPD sich diese Sitze im Verhältnis 3:1 oder 2:2 teilen. Die FDP würde nur in einigen wenigen Wahlkreisen, in denen die beiden großen Parteien nicht über je 35 Prozent der Stimmen auf sich vereinigen, einen Kandidaten durchbringen; die 50-Mann-Fraktion der FDP würde auf etwa 15 Mann schrumpfen. Linkskandidaten müßten in einem solchen "Ausnahme-Wahlkreis" etwa 18 bis 22 Prozent der Stimmen erzielen, um ins Parlament zu gelangen.

#### DEUTSCHLANDFUNK: OSTBÜRO-CHEF THOMAS CHEFREDAKTEUR ?

Nachfolger von Franz Barsig als Chefredakteur beim Deutschlandfunk soll Stefan G. Thomas werden. Barsig, ehemaliger SPD-Vorstandssprecher, ging nach Westberlin zum SFB. Thomas - der richtige Name ist unbekannt, wahrscheinlich Greszczowiak - arbeitet derzeit bei der SPD-nahen Friedrich-Ebert-Stiftung als "Ostexperte". Er war bis zur Auflösung der Abteilung Chef des Ostbüros, der Nachrichtensammel- und Infiltrationsorganisation der SPD gegenüber der DDR.

#### ERSTER MAI: PROJEKT- UND INITIATIVGRUPPEN BEGANNEN ARBEIT

In der kommenden Woche wird sich das Maikomitee der Opposition zur Vorbereitung des Maifeiertages in Westberlin konstituieren. Im Komitee werden die sozialistischen Gruppen der Außerparlamentarischen Opposition vertreten sein: die GSG, die Falken, die neue

Arbeitsgemeinschaft Linker Jungsozialisten in der SPD, die Junge Linke in der SPD, der Gewerkschaftliche Arbeitskreis im Republikanischen Club, der Sozialistische Club Neukölln und die "Gruppe Nordwest" Wedding, der SDS und der SHB. Nicht-sozialistische Gruppen der Opposition werden Kongreß und Kundgebung durch ihre Teilnahme unterstützen.

Es steht fest, daß am 30. April ein Kongreß stattfinden wird, über dessen Thematik eine Projektgruppe des SDS sitzt; Thesen zur "Lage der Wirtschaft in Westberlin" werden erarbeitet. In zahlreichen Betrieben entstanden in den letzten Initiativgruppen, die die Maikundgebung der Sozialistischen Opposition vorbereiten. Die Initiativgruppen sollen nach dem Ersten Mai als Sozialistische Opposition Westberlins locker weiter zusammenarbeiten. Es wird zur Zeit auch der Versuch unternommen, Initiativgruppen in Wohngemeinschaften zustandezubringen. "Agitationsformeln", die sich speziell dazu mit der Thematik "Weißer Kreis" beschäftigen, werden in einer Projektgruppe des SDS diskutiert.

#### OPPOSITIONS-KUNDGEBUNGEN: PROVOKATEURE EINGESCHLEUST

Die Kampagne für Demokratie und Abrüstung macht darauf aufmerksam, daß bei zahlreichen Veranstaltungen im Bundesgebiet der Versuch gemacht worden ist, den Verlauf von Demonstrationen und Kundgebungen der Opposition durch eingeschleuste Provokateure zu beeinflussen. Die Kampagne teilt mit, daß ihr Informationen darüber vorliegen, daß insbesondere bei den Ostermärschen der Atomwaffengegner und beim geplanten Sternmarsch der Notstandsgegner auf Bonn die Einschleusung von Provokateuren geplant ist. Auf diese Weise soll erreicht werden, die zunehmende Solidarisierung weiter Bevölkerungskreise mit der Außerparlamentarischen Opposition zu unterbinden und einen Vorwand zu liefern, gegen "Ausschreitungen" mit allen polizeilichen Mitteln einschreiten zu können. Wörtlich erklärt die Kampagne für Demokratie und Abrüstung: "Krawallszenen am Rande von Demonstrationen, die propagandistisch der Opposition angelastet werden, sollen, nach den Absichten unserer Gegner, dann auch wiederum dazu dienen, das Eingreifen faschistischer Schläger- oder Störtrupps bei Kundgebungen der Außerparlamentarischen Opposition scheinbar zu rechtfertigen. Auch mit solchen Versuchen werden wir vermutlich in Zukunft stärker rechnen müssen."

#### BRAUNBUCH-BESCHLAGNAHME: ANDERE DOKUMENTE BLIEBEN LIEGEN

Zahlreiche Zeitungen der Bundesrepublik und Westberlins haben über die Beschlagnahme des in der DDR erschienenen Braunbuches in den Räumen des Republikanischen Clubs in Baden-Baden berichtet, nicht jedoch über die Tatsache, daß das übrige ausgestellte Material unbehelligt blieb. Das Braunbuch wurde in einer Ausstellung des Clubs mit dem Titel "i. V. Lübke" gezeigt und am 26. März von Beamten des Landeskriminalamtes Baden-Württemberg entfernt. Am 24. März hatte der Leiter der Baden-Badener Staatsanwaltschaft, Oberstaatsanwalt Dr. Eßwein, die Ausstellung besucht und war weder gegen das Braunbuch noch gegen andere ausgestellte Dokumente tätig geworden. Interessant ist in diesem Zusammenhang, daß zwei Tage später auch nur das Braunbuch, nicht andere Dokumente beschlagnahmt wurden, beispielsweise nicht solche, die in offiziellen Verlautbarungen des Bundespräsidialamtes oder des Bundesinnenministeriums als "gefälscht" deklariert wurden. Daraus, so folgert der Republikanische Club in Baden-Baden, könne geschlossen werden, daß die Echtheit der Unterschrift Lübkes unter den KZ-Bauplänen auch offiziell nicht mehr bestritten wird. - Die Ausstellung in Baden-Baden wird noch bis zum 8. April gezeigt.

#### MOCH-ANTWORT: AN DER SACHE VORBEI

Eine Dienstaufsichtsbeschwerde, die 12 Westberliner Journalisten wegen der ihrer Ansicht nach manipulierten Teilnehmerzahl der Anti-Studenten-Kundgebung vor dem Rathaus Schöneberg am 21. Februar gegen den oder die verantwortlichen Beamten einreichten, ist jetzt vom Polizeipräsidenten in einem Schreiben an EXTRA-Dienst-Redakteur Martin Buchholz beantwortet worden. Darin heißt es: "Zu der Schätzung der Teilnehmerzahl am 21. Februar 1968 habe ich bereits Stellung genommen. Die Tagespresse hat darüber berichtet." Tatsächlich aber wurde die angegebene Zahl von 150 000 von der Poli-

zeitungsstelle nie offiziell richtiggestellt. Auf Anfrage des "Tagesspiegel", der von der Dienstaufsichtsbeschwerde unterrichtet worden war, erklärte Polizeipräsident Moch dem Lokalchef Matthes, daß eine Schätzung von 80 000 wahrscheinlich realistischer wäre. Diese Mitteilung brachte Matthes in seiner Kolumne "Am Rande bemerkt" als unklar formulierten Hinweis. Ansonsten berichtete keine einzige Westberliner Zeitung über die Manipulation, die EXTRA-Dienst in Nummer 16/II mit Hilfe des Schöneberger Katasteramtes und mit polizei-offiziellen Angaben über die Größe des John-F.-Kennedy-Platzes aufgedeckt hatte: Bestenfalls können 50 000 Menschen an der Dutschke-raus-Kundgebung teilgenommen haben. Moch schreibt weiter in seiner Antwort: "Fragen nach der Teilnehmerzahl, die im Verlauf der Kundgebung Schwankungen unterworfen war, sind zu verschiedenen Zeiten von Journalisten und anderen Anwesenden an mehrere Polizeiangehörige und an anwesende Personen des öffentlichen Lebens gerichtet worden. Die Auskünfte mußten deshalb unterschiedlich sein. Das ist das eine Ergebnis meiner Überprüfung, die außerdem überzeugend deutlich werden ließ, daß die Zahlenangaben der Polizei in keinem Falle gezielt oder wider besseres Wissen erfolgten." Diese Brief-Passage bezieht sich nicht auf den Inhalt der Dienstaufsichtsbeschwerde, sondern auf die EXTRA-Dienst-Meldung, in der von "Schwankungen" zwischen 60 000 und 150 000 bei offiziellen Angaben berichtet worden war. Inzwischen hat sich die Polizei genaue Flächenangaben von Plätzen künftiger Kundgebungen und Demonstrationen geben lassen, um sie in Zukunft - so am 1. Mai auf dem Platz der Republik - ihrer Schätzung zugrunde zu legen. Moch schreibt abschließend: "Bei künftigen Veranstaltungen wird die nach menschlichem Ermessen zutreffende Teilnehmerzahl, soweit man die Polizei befragt, ausschließlich vom Einsatzleiter offiziell bekanntgegeben."

#### "MOBIL": NEUE LINKE PUBLIKATION IN MÜNCHEN

Für das gesamte Bundesgebiet erscheint in München (Redaktion Richard Rathgeber, 8 München 60, Aicherstraße 14) ein linkes Schülerorgan. Peter Brandt, Redaktionsmitglied von "mobil" (aber auch der Westberliner Zeitschrift "neuer roter turm") hat sich in der nun vorliegenden zweiten Ausgabe von "mobil" gegen anarchistische Tendenzen in der Schüler- und Studentenschaft scharf abgegrenzt. Er wendet sich vor allem gegen den "Westberliner Happening-Sozialismus, der jede ernsthafte politische Äußerung verspottet" und der eine Solidarisierung der Arbeiterschaft mit der Protestbewegung der Schüler und Studenten behindere.

#### GEWERKSCHAFTSJUGEND: DOCH ZUM FESTIVAL NACH SOFIA

Die Gewerkschaftsjugend, die sich nicht an der offiziellen Delegation des Deutschen Bundesjugendrings zu den Weltjugendfestspielen im Juli in Sofia beteiligen wird, entsendet jetzt doch eine Delegation. Wie aus informierten Kreisen beim DGB-Bundesvorstand bekannt wird, soll eine zwanzigköpfige Gruppe der Gewerkschaftsjugend unter Leitung des DGB-Vorstandsmitgliedes Günter Stephan als Delegation "im Beobachtungsstatus" am Festival teilnehmen. Die Jugendring-Delegation hat "Teilnehmerstatus".

#### HESSEN: KONTROVERSE SPD-DGB WEGEN LUFTSCHUTZ

Zu einer Kontroverse ist es in Hessen zwischen dem SPD-Kultusminister Schütte und dem stellvertretenden Vorsitzenden des DGB-Landesbezirks, Roland Petri, gekommen. Schütte hatte in einem Erlaß die Leiter der Berufsschulen des Landes aufgefordert, dem "Bundesluftschutzverband Gelegenheit zu geben, in Berufsschulen Aufklärungsarbeit zu leisten". Petri warnte die Berufsschul-Leiter vor einer Zusammenarbeit mit dem Bundesluftschutz, dessen "sogenannte Aufklärungsarbeit oft mit zweifelhaften politischen Aussagen verbunden ist". Die Konsequenz atomarer Kriege würde in Bundesluftschutz-Vorträgen verharmlost. Die Berufsschullehrerschaft wird vom DGB aufgerufen, der Tätigkeit der Referenten mit äußerster Skepsis und kritisch entgegenzutreten.

#### CVJM HAMBURG: TAGUNG MIT ALLEN OPPOSITIONSGRUPPEN

Der Hamburger "Christliche Verein junger Männer" führt am 6. und 7. April ein Wochenendseminar durch, zu dem Vertreter von Gruppen der "Opposition außerhalb des

Parlaments" eingeladen wurden. Zugesagt haben Vertreter der DFU, des SDS, des Initiativausschusses zur Wiederzulassung der KPD. Fraglich ist die Teilnahme eines NPD-Redners, gegen dessen Auftreten Einwände erhoben worden sind. Die FDP will ebenfalls einen Vertreter entsenden. Der CVJM hat auch die Bezirksleitung Rostock der SED eingeladen, einen Sprecher zu entsenden, der sich mit dem Thema "Die Rolle des zweiten deutschen Staates und der SED als Opposition in Deutschland gegenüber der Bundesrepublik Deutschland" beschäftigen soll.

#### FRANKFURTER BUCHMESSE: SPEZIAL-WARNUNG AN LINKE VERLAGE

Einen Spezialbegleitbrief zu den neuen Bedingungen der Frankfurter Buchmesse (EXTRA-Dienst 24/II), mit denen die Messeleitung Demonstrationen und anderen politischen Aktionen vorbeugen will, erhielt dieser Tage eine Reihe von Verlegern, die 1967 bei der Messeleitung "Anstoß erregt" hatten, darunter die Berliner Firmen Voltaire und Gerhardt. In dem Schreiben heißt es: "Sie werden feststellen, daß aufgrund der letztjährigen Erfahrungen eine teilweise Neufassung dieser Bedingungen unumgänglich war. Nur darin kann die Grundlage einer für alle Beteiligten erträglichen Messeatmosphäre gesehen werden. Wir bitten Sie, in Ihrem Begleitschreiben zu Ihrer eventuellen Anmeldung ausdrücklich zu bestätigen, daß Sie den Wortlaut unserer Messebedingungen zur Kenntnis genommen haben."

#### WESTBERLINER OSTERMARSCH: FINDET IN HOLLAND STATT

In Westberlin wird in diesem Jahr kein Ostermarsch stattfinden. Die Westberliner Ostermarschierer wurden von der Berliner Sektion der Internationale der Kriegsdienstgegner aufgerufen, sich am "ABC-Marsch" in den Niederlanden zu beteiligen. Der internationale Marsch unter dem Motto "ABC-NATO-Verzichtmarsch 1968" findet ab 13. April bis 15. April statt und führt von Eindhoven über Budel, Sittard, Brunssum nach Vaals, in dessen Nähe das NATO-Hauptquartier für Europa liegt. Anmeldungen für eine Mitfahrt können über Thomas P. Krüger, 1 Berlin 28, Auguste-Viktoria-Straße 33 (Telefon 40 98 01) erfolgen. Die Fahrt nach Holland soll am 12. April mit Pkw's erfolgen.

#### WITZ DER WOCHE

In ganzseitigen Anzeigen wirbt das Kaufhaus C & A Brenninkmeyer diese Woche um Eltern von Halbwüchsigen mit der Versicherung, kindliche Kleiderwünsche nach Cordanzügen oder nach "indischem Schnitt" (gemeint ist der Mao-Look) seien "keine Alarmzeichen. Dieser Wunsch verrät keineswegs, daß er etwa gegen deutsche Traditionen sichtbar protestieren will. Seine Fantasie-Welt ist noch vollkommen unpolitisch... Er weiß noch nicht, daß man später im Leben manchmal nach der Regel: Kleider gleich Gesinnung beurteilt oder verurteilt wird."

#### PERSONALIEN

JÜRGEN P. RUNGE, ehemaliger RCDS-Vorsitzender an der Freien Universität, zeichnet als Mitautor eines Buches "Deutschlands Studenten zwischen Reform und Revolution", das der Mainzer Verlag von Hase & Koehler für dieses Frühjahr ankündigt. Untertitel: "Die herausgeforderte Demokratie". Über die demokratische Legitimation des Verlages gibt ein Blick ins Verlagsprogramm Auskunft: Er kündigt neben dem Runge-Titel das neueste Opus des Ex-Reichskanzlers Franz von Papen an, der 1933 Hitler den Weg zur Macht freigemacht hatte: "Ende einer Demokratie".

PETER BRANDT, Außenminister-Sohn und SPD-Mitglied, sieht sich einem Parteiordnungsverfahren gegenüber, weil er vom "Bankrott der SPD" gesprochen hat. Dies teilte er auf einer Podiumsveranstaltung der Volkshochschule Bochum mit. Brandt forderte auf dieser Veranstaltung einen "marxistischen Flügel" in der Partei, der der "Unruhe der Studenten eine militante Richtung gibt."

WILLY WEYER, FDP-Minister in Nordrhein-Westfalen, äußerte sich zu der von SPD und CDU vertretenen Meinung, das Mehrheitswahlrecht würde die "Wahl von Persönlichkeiten fördern": "Soll doch mal Wehner im schwarzen Paderborn und Lücke im roten Wat-

tenscheid kandidieren, dann wollen wir sehen, was von diesen Persönlichkeiten übrigbleibt."

HERMANN SITTNER, Redakteur der Dortmunder Links-Zeitschrift "elan", der wegen der Äußerung "Johnson ist ein Mörder" von der Frankfurter Staatsanwaltschaft wegen Beleidigung ausländischer Staatsoberhäupter angezeigt worden ist, konnte der Staatsanwaltschaft inzwischen 638 Anzeigen von Personen übergeben, die sich wegen der Sittner-Äußerung selbst beschuldigt haben.

#### EXTRA ÜBER UNS

SEIT MITTWOCH erreichten uns ein halbes Dutzend Anfragen, ob EXTRA-Dienst in seiner Ausgabe 25/II die Parodie auf eine Rede des Regierenden Bürgermeister Klaus Schütz veröffentlicht habe. Dem ist nicht so. EXTRA-Dienst 25/II enthielt die Tonband-Niederschrift einer Rede, die Schütz im März 1968 vor Arbeitern der AEG gehalten hat.

#### MITTEILUNG DES REPUBLIKANISCHEN CLUBS

MITTWOCH, 3. April, 20 Uhr, werden im RC Mitglieder einer 200 Mann starken Gruppe von Fulbright-Stipendiaten aus den USA mit RC-Mitgliedern und Club-Gästen diskutieren. Am Donnerstag, 4. April, 20 Uhr, wird Dr. Ekkehart Krippendorff in englischer Sprache zu den Stipendiaten und zu Club-Mitgliedern über die politische Situation Westberlins sprechen.

#### HINWEISE DER REDAKTION

LIEDER DER JUNGEN SPANISCHEN OPPOSITION sind jetzt im "Verlag Pläne" in Dortmund, Humboldtstraße 12, herausgekommen. Die Platte mit dem Titel "Wir werden siegen" ist vom Werkstudenten Joan Esteller und vom Arbeiter Jose Suarez besungen worden.

MIKIS THEODORAKIS-LIEDER sind auf einer Schallplatte desselben Verlages zu hören. Die Platte trägt den Titel "Ich rufe zum Kampf". Es singt das Mitglied des Theodorakis-Ensembles, Dora Giannakopoulou.

**BERICHTSHEFT &  
ZEUGNIS &  
VERBRENNUNGS  
HAPPENINGS**

**REFERAT ÜBER  
DEN UNSINN DER  
ZEUGNISSE**

**THEODOR-HEUSS PLATZ  
30. MÄRZ 12 UHR**

VRO!

VOM UMGANG MIT PARTEITAGSBESCHLÜSSEN / VON C. L. GUGGOMOS

Öffentlich, vor aller Augen und Ohren, vollzog sich in der abgelaufenen Woche der endgültige Zerfall der Parteiendemokratie in der Bundesrepublik. Das Hin und Her um den Rücktritt des Innenministers Paul Lücke, als "normaler demokratischer Vorgang" gepriesen, hat diesen Tatbestand offenbar verschleiert: Es bleibt daher festzuhalten:

1. Der Nürnberger Bundesparteitag der SPD hat in Sachen Ostgrenzen beschlossen, diese zu respektieren und, bis zu einer endgültigen Fixierung in einem Friedensvertrag, anzuerkennen.

Der Ministerflügel der SPD beeilte sich, kaum aus Nürnberg nach Bonn zurückgekehrt, diesen eindeutigen Beschluß des höchsten Parteigremiums dem Koalitionspartner zu "interpretieren". Der Beschluß wurde "unter die Koalitionspolitik gestellt", das heißt aufgehoben. Der Parteitag wollte aber gerade der unredlichen Wortwahl ein Ende setzen. Die Brandt, Wehner und Schmidt setzten die Unredlichkeit wieder ein.

2. Der Nürnberger Bundesparteitag der SPD hat in Sachen Atomwaffensperrvertrag beschlossen, Bonn solle den vorliegenden Vertragsentwurf unterschreiben.

Der Ministerflügel der SPD beeilte sich, kaum aus Nürnberg nach Bonn zurückgekehrt, diesen eindeutigen Beschluß des höchsten Parteigremiums dem Koalitionspartner zu "interpretieren". Der vorliegende Entwurf sei "besser" als frühere, aber noch nicht "gut genug"; man werde weiter "um Verbesserungen" ringen. Der Parteitag wollte aber der unter europäischer und wissenschaftlicher Bemäntelung verborgenen Gier der Bonner Großmachtpolitiker nach nuklearer Selbstbetätigung einen Riegel vorschieben. Die Brandt, Wehner und Schmidt werden das Spiel um den Atomknüppel fortsetzen.

3. Der Nürnberger Bundesparteitag der SPD hat in Sachen Mitbestimmung beschlossen, die Bundestagsfraktion solle noch in dieser Legislaturperiode dem Bundestag einen Antrag auf Einführung der qualifizierten Mitbestimmung in allen Großbetrieben vorlegen. Die Führungsspitze der SPD beeilte sich, kaum aus Nürnberg nach Bonn zurückgekehrt, diesen eindeutigen Beschluß des höchsten Parteigremiums dem Koalitionspartner zu "interpretieren". Diesmal weniger offen, dafür um so zynischer. Man werde dem Auftrag nachkommen, versicherte man, setzte aber augenzwinkernd hinzu, es werde nicht so schlimm werden, da die CDU/CSU und die FDP ja in der Lage seien, jeden solchen Antrag niederzustimmen. Der Bundesparteitag wollte, daß die SPD-Fraktion im Bundestag kämpft. Die Brandt, Wehner und Schmidt machen den anderen Parteien deutlich, daß sie nicht daran denken.

Bleibt, als 4. Beispiel, die Wahlrechtsmanipulation. Der CDU-Innenminister Lücke trat zurück, weil der Nürnberger Parteitag den sozialdemokratischen Ministerflügel zu einem Wortbruch zwang. Die SPD-Minister hatten am 11. November 1967, ohne ihre Partei zu fragen, eine alsbaldige Inangriffnahme der Wahlrechtsfrage zugesichert. Dem wurde durch den Beschluß von Nürnberg, vor 1970 nicht darüber zu reden, ein striktes Verbot entgegengesetzt. Hier half der Roßtäuschertrick der "Interpretation" nichts. Die Versuche der SPD-Führung, den Parteitagsbeschluß als "nicht so schlimm" hinzustellen, fruchteten bei Lücke wenig. Lücke war clever genug, die Gelegenheit beim Schopf zu packen und sich aus seiner ruhmlosen Politik der Notstandsgesetzgebung, der Lübke-Verteidigung und der Wahlrechtsmanipulation mit einem effektvollen Schritt zurückzuziehen. Daß er der Öffentlichkeit etwas anderes weismacht, ist sein gutes Recht.

Der Ministerflügel mag seinem Parteivolk diesen Rücktritt als Folge des Parteitages erklären. Ob es geglaubt wird, ist zweifelhaft, weil die Mitglieder gehört und gesehen haben müssen, wie die Parteiführung mit den anderen Beschlüssen des höchsten Parteigremiums umgeht. Daß das Parteivolk von Kiel bis München gegen diese Manipulation nicht protestiert, legt allerdings die Vermutung nahe, daß die Partei genau die Führung hat, die sie verdient. Dann wäre nicht mehr allein vom Ende der Parteiendemokratie zu reden, sondern auch vom Ende der Sozialdemokratischen Partei.

## RIAS UND DIE "ZONE": RENTNERBRIEFE AN DEN SENDER

Nachdem auch beim RIAS die Barometer anzeigen, daß der Kalte Krieg über den Sender mit allzu primitiver antikommunistischer Propaganda "aus der Zone für die Zone" nicht mehr publikumswirksam ist bei den Hörern "jenseits von Mauer und Stacheldraht", hat man schon vor längerer Zeit die Kriegsführung psychologisch verfeinert. In der wöchentlich ausgestrahlten Sendung "Die Mittwochrunde" täuscht man eine Diskussion von Hörern mit Hörern vor. Vornehmlich schreiben ältere DDR-Bürger an den Sender. Tenor: Das Leben in der DDR "ist kein Leben". Interessant immerhin, daß selbst bei dieser Post von Hörern der "freien Stimme der freien Welt" starke kritische Akzente auftauchen, die auch nicht mehr in das antikommunistische Klischee passen. EXTRA-Dienst bringt Auszüge aus einer RIAS-internen Dokumentation über die Briefe an die "Mittwochrunde" aus dem Zeitraum von zwei Monaten.

### FRIEDENSVERTRAG

"Als interessierter Hörer ihrer Mittwochrunde möchte auch ich einige Fragen beantwortet haben. Als alter Gewerkschaftler - 40 Jahre organisiert - zerbreche ich mir den Kopf über die Frage: Warum haben wir noch keinen Friedensvertrag? Haben wir Deutschen kein Interesse daran? Soll er erst von unseren Urenkeln abgeschlossen werden? Seit mehr als fünf Jahren gucken prominente Persönlichkeiten der westlichen Welt über die Mauer in Berlin und alle sagendann: Diese Mauer muß weg. Ich frage: aber wie? Wir können aus eurer Politik nicht klug werden. Die Kinder der Abgeordneten sind doch zum Teil mit der Politik ihrer Eltern nicht einverstanden. Ich frage, wie sieht es erst bei den anderen Jugendlichen aus? Bei dieser Politik, die jetzt gemacht wird, kann doch keiner klarsehen. Ich persönlich glaube nicht an die Wiedervereinigung, dafür ist es meiner Ansicht nach zu spät. Auch haben die Menschen in Westdeutschland daran kein Interesse, denn ihnen selbst geht es doch gut, und sie haben Bedenken, bei einer Wiedervereinigung etwas von ihrem Wohlstand einzubüßen."

### UNMÜNDIG?

"Das ist auch so ein beschämendes Kapitel, daß man uns als Bürger dieser souveränen Republik für unmündig hält. Was sich darin zeigt, daß man keine Rede westlicher Politiker im Originaltext abdruckt, sondern nur Auszüge mit Kommentaren bringt. Wir sind also nicht erwachsen genug, um den Originaltext zu verstehen und zu deuten. Man kann sich noch so sehr bemühen, diesem Regime gute Seiten abzugewinnen, aber immer wieder wird man durch dessen eigenes Benehmen abgestoßen. Eigenlob und unflätige Beschimpfungen aller, die diesem System nicht hörig sind, ist das Alltägliche."

### BONN HAT NICHTS ERREICHT

"Seit über drei Jahren höre ich zu meinem Vergnügen die Sendungen der Mittwochrunde. Auch ich möchte einmal zu dieser Sendung meine Meinung sagen. In der Sendereihe der unterschriftslosen Briefe im Londoner Rundfunk schrieb eine Westberlinerin: 'Ich habe 85 Mark Rente, davon bezahle ich 50 Mark Miete. Wovon ich leben soll, danach fragt kein Mensch.' Sie muß mit 70 Jahren noch arbeiten gehen, um nicht zu verhungern. Ein Westberliner Rentner schrieb: 'Ich habe 180 Mark Rente, davon bezahle ich 105 Mark Miete.' Er wäre zu stolz, sich an das Wohlfahrtsamt zu wenden, wie es der Londoner Sprecher vorgeschlagen hat. Sie sehen also, es ist nicht alles Gold, was glänzt im Duft der freien Welt. Wenn Ihre sogenannten Rentner aus der DDR behaupten, in Westdeutschland wäre alles besser und schöner, warum bleiben sie dann nicht drüben, sie haben doch dann Gelegenheit dazu? Doch alle kommen zurück und sagen: 'Auf vier Wochen mal rüberfahren - ja, für immer drüben bleiben - nein.' Das sollte Ihnen zu denken geben. Die Bonner Regierung spricht sehr viel von Freiheit, Demokratie, Selbstbestimmung und Menschenwürde und mischt sich selbst in die Angelegenheiten anderer Staaten ein. Die KPD ist verboten, Kommunisten und Demokraten sitzen in den Zuchthäusern. Die alten Nazis aber, diese Judenmörder und Volksverderber sitzen in hohen Staatsstellungen oder erhalten fette Pensionen. Notstandsgesetze sind Diktaturgesetze, die nach dem Willen der herrschenden Klasse ausgelegt werden können. Eine Regierung, die mit Notstandsge-

setzen regiert, mit Diktatoren freundschaftliche Beziehungen unterhält, den Mord am vietnamesischen Volk, den die ganze Welt verurteilt, unterstützt, handelt unmenschlich und hat kein Recht, von Freiheit, Demokratie, Selbstbestimmung und Menschenwürde zu sprechen.

Seit der Spaltung Deutschlands durch Adenauer gibt es zwei deutsche Staaten. Ob anerkannt oder nicht, ändert an dieser Tatsache nichts. Was hat die Bonner Regierung mit ihrer Deutschlandpolitik erreicht? Nichts. Wir sind der Wiedervereinigung heute ferner denn je. Schuld daran ist die Alleinvertretungsanmaßung, die Hetze gegen die DDR. Warum lehnt Kiesinger auch in seinem zweiten Brief ein Gespräch mit Willi Stoph über die Zukunft Deutschlands ab?"

#### SO EIN LEBEN IST KEIN LEBEN

"Wir wissen, daß der Westen, vor allem Adenauer und die Amerikaner viel falsch gemacht haben. Deshalb herrscht heute in der Welt Unfrieden und Krieg. Der Osten ist ja stets ermuntert worden, zu sticheln und zu stacheln, damit keine Verständigung zustande kommt. Aber Vorwürfe helfen uns nicht. Es muß angefangen werden, dem Russen zu zeigen, so geht es nicht weiter, wenn er wirklich den Weltfrieden haben will.

Die Deutschen kommen mit Ulbricht hier nicht zur Ruhe. So ein Leben ist kein Leben, das muß den Russen klargemacht werden. Wenn wir für Hitlers Verbrechen bestraft werden sollen, so ist das über 20 Jahre lang geschehen. Nun muß endlich Vernunft geübt werden.

Auch die Amerikaner müssen in Vietnam einlenken, denn so glaubt der Russe ihnen ihre friedlichen Absichten nicht. Kein Wunder, wenn die Sowjets dann in Ägypten schüren und Kontra geben. Laßt die Vietnamesen so leben, wie sie wollen! Wenn der Friede dort erst kommt, wird er auch schrecklich sein; denn alles ist kaputt, alle Leute sind arm, und das ist dann das Ergebnis, und es nützt niemandem, vor allem nicht den unteren Schichten der Bevölkerung.

Es ist heute schwer, einen Brief zu schreiben. Man könnte viel und mehr schreiben, aber trotz aller Schwierigkeiten in der Weltpolitik gibt es eine Linie, die den Weg zeigt, wie es gehen kann und muß, um der Welt das zu geben, was sie ersehnt: Frieden und Eintracht. Diese Linie heißt: Gerechtigkeit üben, ohne mal so und dann mal wieder so zu handeln, immer für das Recht eintreten, dann erscheinen auch Rede und Handeln glaubwürdig. Willkür und Gewalt helfen niemals weiter. Nicht hier, nicht in Israel und nicht in Vietnam. Einlenken aller Staaten und Regierungen ist das einzige Mittel in Deutschland und überall, dem Frieden näherzukommen."

#### DEUTSCHE DIKTATORISCHE REPUBLIK

"Die DDR-Regierung ist von der Sowjetmacht nur als Vertreter der Sowjetmacht eingesetzt und kann niemals anerkannt werden. 'DDR' heißt in Wirklichkeit 'Deutsche Diktatorische Republik'. Dieses Regime kann durch seine grenzenlose Prahlerei und Propaganda weder etwas für die deutsche Einheit, noch etwas zu einem dauerhaften Frieden, nach dem wir uns von Herzen sehnen, beitragen."

#### DAS GEREDE IST HEUCHELEI

"Die Schreiberin dieses Briefes ist mehr als 70 Jahre alt, und sie kann somit nicht erwarten, den hundertsten Jahrestag der Oktoberrevolution in Rußland zu erleben. Sie legt auch keinen Wert darauf, denn sie hat genug von den letzten Wochen. Dem Rummel hier konnte man ja entgehen, wenn man Rentnerin ist. Nur irrten sich die, die da meinten, Ablenkung zu finden, wenn sie westdeutsche Sender oder das westdeutsche Fernsehen einschalteten. Es ist erstaunlich, wieviel man in Westdeutschland Sendezeit für die russische Revolution hatte. Nichts gegen Informationen, gegen Darstellung der historischen Ereignisse. Aber man kann es auch übertreiben. Genauer gesagt: man hat es übertrieben. Würden sich manche Leute in Westdeutschland mit der Wiedervereinigung so intensiv befassen wie mit der Oktoberrevolution in Rußland, wir hätten sie schon lange. Ernsthaftes Interesse an den 'Brüdern und Schwestern' besteht doch schon lange nicht mehr. Viele Jahre wurde lautstark von der Wiedervereinigung geredet. Heute ist lediglich übrig geblieben, 'menschliche Erleichterungen' anzustreben. Ein sehr beachtliches Gefälle! Man kann sich vorstellen, was bleibt, wenn man 20 Jahre in die Zukunft blickt.



Nichts, außer gesicherten Aufsichtsratsposten vielleicht.

Warum diese Heuchelei? Eine CDU, die von Wiedervereinigung redet, sägt an dem Ast, auf dem sie sitzt. Wenn sie sägen würde! Aber sie schwätzt ja nur. Wiedervereinigung und freie Wahlen in ganz Deutschland würden mit absoluter Sicherheit schon allein aufgrund der Verteilung der Konfessionen die CDU zur Bedeutungslosigkeit absinken lassen. Und das will sie natürlich nicht. Da begnügt man sich lieber mit einem kleineren Deutschland und wirft uns den Russen in den Rachen. So und nicht anders ist es, und wenn Millionen von Barzels, Gerstenmeiers und andere noch so schöne Worte reden. Diese beiden lieben wir ganz besonders, wir hier im Gau DDR der UdSSR, geführt von unserem Gauleiter Ulbricht. Hitler würde vor Neid erblassen, wenn er seinen Nachfolger noch erlebt hätte.

Entschuldigen Sie, aber ich mußte mir das mal von der Leber schreiben. (Unterschrift)  
Es grüßt eine Eisenacherin."

#### MEINUNG DES VOLKES?

"Der Sprecher sagte am Mittwoch, daß die Briefe aus der DDR gesammelt und einer entsprechenden Stelle zugeleitet werden. Soll aus diesen Briefen die Meinung unseres Volkes ersichtlich sein? Da schreibt einer, es gäbe keine Freiheit und kein Streikrecht in der DDR. Weiß denn dieser Mann, was er schreibt? Gegen wen will er denn streiken? Gegen sich selbst? Wenn er in einem Betrieb arbeitet, hat er das Recht, in den Belegschaftsversammlungen seine Wünsche für Verbesserungen, zur Verwendung der wirtschaftlichen Gewinne für Kinder- und Ferienheime, Verteilung von Prämien und so weiter vorzutragen. Jeder wird sich freuen, ganz gleich, ob Direktor oder Betriebsverwaltung, alle haben ein Interesse daran, daß jeder zufriedengestellt wird. Sie zahlen das Geld ja nicht aus eigener Tasche. Das Geld muß erwirtschaftet werden. Je mehr herauskommt, desto höher fallen die Prämien aus.

Glaubt dieser Volksgenosse, die Arbeiter in Westdeutschland führen die Lohnkämpfe zum Spaß? Wie froh wären die Arbeiter an der Ruhr, wenn ihr Arbeitsplatz garantiert wäre und sie keine Angst vor dem Morgen zu haben brauchten! Wie froh wären Frauen und Mädchen, wenn gleicher Lohn für gleiche Arbeit gezahlt würde; wenn sich Arbeiter, Angestellte und Unternehmer auf einer Belegschaftsversammlung die vorgelegte Jahresgewinnabrechnung ansehen und über den Verbleib der Gewinne beraten könnten! Niemand hätte es dann nötig, zu streiken. Es würde sich bald eine Zufriedenheit einstellen. So dumm, wie es manchmal dargestellt wird, sind die Arbeiter doch nicht."

#### EINSEITIGE, GEISTLOSE HETZE

"Ich hörte die Sendung am Mittwoch, in der Ihre Sendungen langweilig genannt wurden. Ich kann dies nur bestätigen. Unter der Leitung Ihres Vorgängers gab es in jeder Sendung stets ein Für und Wider. Unter Ihrer Regie aber gibt es nur eine einseitige geistlose Hetze gegen die DDR, die auf die Dauer abstoßend, langweilig und ermüdend wirkt. Auch der Verdacht der Unterschlagung von Briefen unserer Staatsbürger durch Sie besteht zu Recht. Wir in der DDR kennen die Verhältnisse bei uns und erleben sie täglich neu. Wir sehen den gigantischen Aufbau unserer Republik, sehen die Schwierigkeiten in Westdeutschland und kennen deren Ursachen. Damit hat Ihre Sendung Sinn und Zweck verloren und vertieft nur die Spaltung Deutschlands."

#### OBWOHL MEINE SCHLECHTEN AUGEN...

"Heute möchte ich mal wieder etwas zur Belebung der Mittwochrunde beitragen, obwohl meine schlechten Augen mir das Schreiben schwermachen. Aber Sie werden es schon entziffern. Die Hörerin, die feststellte, daß diese Sendung langweiliger geworden ist, hat recht. Das ist aber natürlich nicht die Schuld des Herrn Wörmann, denn die Sendung lebt ja nicht nur von seinem Geist, sondern von dem, was an Briefen eingeht und von ihm nur kommentiert wird.

Ich glaube, es ist die allgemeine Resignation in der DDR, die daran schuld ist, daß viele Hörer, die vielleicht noch etwas Interessantes zu sagen hätten, nun einfach schweigen. 'Alles zwecklos', hört man immer. Unsere ganze Misere stammt ja aus der Zeit, als Adenauer, der hier bei uns sehr verhaßt ist, die Bundesrepublik mit sehr viel Geschick

und seinem schlaun Fuchsgeist aus einem besiegt Land zum reichsten Staat Europas machte, ohne Rücksicht, ja mit bewußter Hintansetzung auf Gesamtdeutschland. Ihm lag absolut nichts daran, das nichtkatholische und ausgepowerte Mitteldeutschland dazu zu bekommen, weil es hier wohl kaum so viele CDU-Wähler gegeben hätte, so daß seine persönliche Macht gefährdet gewesen wäre."

NICHT NUR IN DER ZONE

"Ich bin durch Zufall auf Ihre Sendung gestoßen und finde die Sache sehr gut und wünschte, der Hörerkreis wäre im Westen auch so groß wie in der Zone. Denn viele Leute wissen oder wollen es nicht wissen, mit welchen Sorgen und Problemen die Leute in der Zone fertig werden müssen."

===== anzeige =====

BERLINER RECHTSHILFE

Die Berliner Justiz beschäftigt die Außerparlamentarische Opposition: Haftbefehle, Ermittlungsverfahren, Vernehmungen, Vorladungen. Über zweihundert politische Verfahren laufen heute gegen Berliner Bürger - Studenten, Arbeiter, Angestellte und ausländische Bewohner. Eine Handvoll unabhängiger Juristen hat den Betroffenen Rechtshilfe geleistet - bis heute fast immer unentgeltlich. Diese Hilfe aber hat Grenzen. Eine Anwaltskanzlei kostet Geld. Gebühren müssen aufgebracht und Spesen ersetzt werden. Die Beschuldigten, die sich für ein politisches Anliegen des Westberliner Gemeinwesens einsetzen, sollen die Kosten für ihre Verteidigung nicht selbst aufbringen müssen.

Wir haben einen Fonds für Berliner Rechtshilfe eingerichtet. Wer der Opposition zu ihrem Recht verhelfen will, den bitten wir, mit einer Geldspende dazu beizutragen.

Unser Konto lautet: Republikanische Clubgesellschaft mbH, Sonderkonto Rechtshilfe, 1 Berlin 15, Wielandstraße 27, Postscheckkonto Berlin-West: 2035 45

Ein Kuratorium der unterzeichneten Verbände wird über die Verwendung der Mittel entscheiden und alle sechs Monate öffentlich Bericht erstatten.

AStA der Freien Universität Berlin; Studentenvertretung der Technischen Universität Berlin; AStA der Pädagogischen Hochschule Berlin; AStA der Kirchlichen Hochschule Berlin; AStA der Hochschule für Bildende Künste Berlin; Evangelische Studentengemeinde Berlin; Gewerkschaftliche Studentengemeinschaft Berlin; Humanistische Studentenunion Berlin; Liberaler Studentenbund Deutschlands Berlin; Sozialdemokratischer Hochschulbund Berlin; Sozialistischer Deutscher Studentenbund Berlin; SJD - Die Falken Landesverband Berlin; Kampagne für Demokratie und Abrüstung Regionaler Ausschuß; Internationale Liga für Menschenrechte Sektion Berlin; Republikanischer Club Berlin.

===== bestellschein =====

Ich bestelle den Berliner EXTRA-Dienst ab . . . . . 1968 bis auf weiteres, mindestens jedoch für drei Monate zum monatlichen Inlandsabonnementspreis von DM 5.00 (Auslandsabonnement: DM 6.00; Luftpost-Abonnement Ausland: DM 10.00). Der Dienst ist zu meiner persönlichen Information bestimmt. Journalistische Auswertung nur nach Sondervereinbarung. Das Abonnement kann jeweils zum 1. eines Monats, jedoch spätestens am 15. des Vormonats, gekündigt werden.

Den Abonnementspreis überweise ich im voraus auf das Konto der Westberliner Zeitungsgesellschaft mbH bei der Bank für Gemeinwirtschaft, Berlin 12, Kontonummer 4712, - (Postscheckkonto der Bank: Berlin West 828 00).

NAME: . . . . .

WOHNORT: ( ) . . . . .

STRASSE: . . . . .

DATUM: . . . . .                      UNTERSCHRIFT: . . . . .